

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

- 1. zu dem Antrag der Abgeordneten Rainer Brüderle, Christian Ahrendt, Daniel Bahr (Münster), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/10867 –**

Anti-Rezessionsprogramm auflegen

- 2. zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Hermann Otto Solms, Carl-Ludwig Thiele, Jens Ackermann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/12887 –**

Wachstumsprogramm zur Überwindung der Rezession

A. Problem

Zu Nummer 1

Konjunkturell und strukturell wirkende Maßnahmen zur langfristigen Stärkung der Wachstumskräfte als wirkungsvollere Alternative zu den Vorhaben der Bundesregierung: steuerliche Absetzbarkeit der Krankenkassenbeiträge schon ab 2009, Wiedereinführung der bis 2006 gültigen Pendlerpauschale, Erhöhung der Infrastrukturmittel, Stopp der Einführung des Gesundheitsfonds, Senkung des Beitragssatzes zur Gesetzlichen Rentenversicherung, Senkung der Erbschaftsteuerlast durch Überführung in die Kompetenz der Länder.

Zu Nummer 2

Änderung steuerlicher Regelungen zur Entlastung der Unternehmen und Förderung von Forschung und Entwicklung, Sicherung der Kreditversorgung, Vorziehen geplanter öffentlicher und Erleichterung privater Investitionen bei Flughäfen, Energiewirtschaft, Infrastruktur und Bildung, Bürokratieabbau, Flexibilisierung von Arbeits- und Vergaberecht, Verkürzung der Zahlungsziele der öffentlichen Hand.

B. Lösung

Zu Nummer 1

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/10867 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP

Zu Nummer 2

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/12887 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Kosten wurden nicht beziffert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag auf Drucksache 16/10867 abzulehnen,
2. den Antrag auf Drucksache 16/12887 abzulehnen.

Berlin, den 27. Mai 2009

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Edelgard Bulmahn
Vorsitzende

Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn

I. Überweisung

Der Antrag der Fraktion der FDP auf **Drucksache 16/10867** wurde in der 222. Sitzung des Deutschen Bundestages am 14. Mai 2009 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie den Ausschuss für Arbeit und Soziales und den Ausschuss für Gesundheit zur Mitberatung überwiesen.

Der Antrag der Fraktion der FDP auf **Drucksache 16/12887** wurde in der 222. Sitzung des Deutschen Bundestages am 14. Mai 2009 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss und den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Anträge

Zu Drucksache 16/10867

Die Fraktion der FDP fordert die Bundesregierung auf, ein Anti-Rezessionsprogramm mit einem Volumen von rund 26 Mrd. Euro vorzulegen. Der Umfang entspreche etwa einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts und werde von Ökonomen als konjunkturell wirksame Größenordnung angesehen. Die Bundesregierung soll die vom Bundesverfassungsgericht geforderte steuerliche Absetzbarkeit der Krankenkassenbeiträge bereits 2009 statt erst 2010 vollziehen. Die Pendlerpauschale soll unverzüglich in der bis 2006 geltenden Fassung wieder eingeführt werden. Außerdem verlangen die Antragsteller höhere Infrastrukturmittel, einen Stopp des Gesundheitsfonds und eine Senkung der Rentenversicherungsbeiträge. Die Erbschaftsteuer soll außerdem in die Gesetzgebungskompetenz der Länder überführt werden. Der wachstumsstärkende Charakter dieser Maßnahmen sei für Bürger und Wirtschaft bedeutsamer und ökonomisch wirkungsvoller als die von der Bundesregierung beabsichtigten Maßnahmen. Nach Untersuchungen würden zwei Drittel des zusätzlichen Einkommens in den Konsum fließen. Die von der Bundesregierung vorgesehenen Infrastrukturmaßnahmen von je 1 Mrd. Euro in den beiden kommenden Jahren seien zu gering. Allein die jährliche Investitionslücke beim Fernstraßenbau werde von Experten auf 2 Mrd. Euro beziffert. Außerdem müssten die Sozialabgaben gesenkt werden. Mit dem Gesundheitsfonds sei jedoch eine gesetzlich verordnete Anhebung der Beiträge um 0,6 Prozentpunkte verbunden. Wenn die Erbschaftsteuer in die Kompetenz der Länder übergehe, sei von einer Entlastung der Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen in Höhe von 4 Mrd. Euro auszugehen.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 16/10867 verwiesen.

Zu Drucksache 16/12887

Nach Auffassung der Antrag stellenden Fraktion der FDP darf das Ziel der Haushaltskonsolidierung nicht aufgegeben werden. Zur Konsolidierung gehörten neben einer wirkungsvollen Schuldenbremse im Grundgesetz ein verbindlicher

Schuldentilgungsplan, um die Belastung kommender Generationen nicht noch weiter ansteigen zu lassen. Viele der jetzt notwendigen Maßnahmen würden den Kreditbedarf des Staates und damit die Neuverschuldung erhöhen. Jetzt räche es sich, dass in den vergangenen Jahren mit guter Konjunktur die Verschuldung nicht abgebaut, sondern im Gegenteil weiter erhöht worden sei. Gegenstand des Wachstumsprogramms muss nach Ansicht der Fraktion der FDP eine grundlegende Steuerreform „mit niedrigeren, einfacheren und gerechteren Steuern“ sein. Außerdem müssten „die schlimmsten Auswirkungen der Unternehmensteuerreform“ wieder beseitigt werden. Die Reform solle für eine Beschleunigung des Abschwungs korrigiert werden müssten die Zinsschranke, die Verlustverrechnung beim so genannten Mantelkauf, die Besteuerung von Funktionsverlagerungen sowie Hinzurechnungen bei der Gewerbesteuer. Aus der befristeten degressiven Abschreibung solle eine Dauerregelung werden. Außerdem fordert die Fraktion der FDP die Wiedereinführung der Abschreibung für geringwertige Wirtschaftsgüter in der ursprünglichen Form. Für Modernisierungs- und Erweiterungsinvestitionen in deutsche Flughäfen stünden 20 Mrd. Euro bereit. Planfeststellungsverfahren müssten deutlich gestrafft werden. Verkürzte Planfeststellungsverfahren sollen auch beim Ausbau der Stromnetze zum schnelleren Einsatz der Investitionen in Höhe von 40 Mrd. Euro führen. Die Klima- und Energiepolitik solle nach den Vorstellungen der Antragsteller das Ziel haben, dass die deutsche Energiewirtschaft die vorgesehenen Investitionen in Höhe von 40 Mrd. Euro in einen modernen und klimafreundlichen Kraftwerkspark in Deutschland investiert und nicht im Ausland.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 16/12887 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Drucksache 16/10867

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat die Vorlage in seiner 126. Sitzung am 27. Mai 2009 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP beschlossen, die Ablehnung zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat die Vorlage in seiner 124. Sitzung am 27. Mai 2009 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP beschlossen, die Ablehnung zu empfehlen.

Zu Drucksache 16/12887

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage in seiner 132. Sitzung am 27. Mai 2009 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP beschlossen, die Ablehnung zu empfehlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage in seiner 100. Sitzung am 27. Mai 2009 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP beschlossen, die Ablehnung zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat die Vorlage in seiner 90. Sitzung am 27. Mai 2009 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP beschlossen, die Ablehnung zu empfehlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat die Anträge der Fraktion der FDP auf Drucksache 16/10867 und 16/12887 in seiner 95. Sitzung am 27. Mai 2009 abschließend beraten.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/10867 zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** beschloss ferner mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/12887 zu empfehlen.

Berlin, den 27. Mai 2009

Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn
Berichterstatter

